

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 19 (1978)  
**Heft:** 4

**Artikel:** Reaktions- und Vergleichstest : DDR-Manifest, Charta 77 und ein Brief an Gierek  
**Autor:** Lamm, Edgar  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094086>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

**DDR-Manifest,  
Charta 77  
und Brief an Gierek**

# Reaktions- und Vergleichs- test

**Ein Gastbeitrag  
von Edgar Lamm**

Seitdem der «Spiegel» in seinen ersten beiden Nummern dieses Jahres das Manifest einer parteiinternen SED-Opposition veröffentlicht hat, die sich «Bund Demokratischer Kommunisten Deutschlands» (BDKD) nennt, gibt es sozusagen wieder eine gesamtdeutsche Einheit, nämlich eine Ablehnungsfront von hüben und drüben. Denn der Text ist nicht nur von den offiziellen Stellen in der DDR als anstößig empfunden worden, sondern auch von den massgeblichen Kreisen in der BRD. Das ist zwar vielsagend, aber wenig verwunderlich; die Entspannungsbemühungen gelten in erster Linie den Regierenden, während unpassende Stimmen der Regierten als Störung empfunden werden: in dieser Beziehung funktioniert der «überlebte Abwehrreflex gegen Osten» noch tadellos.

In unserm Gastbeitrag behandelt Edgar Lamm, Dozent an der Bischöflichen Akademie des Bistums Aachen, die Reaktionen in der Bundesrepublik Deutschland auf dieses Dokument, das übrigens nicht so ganz und gar ein erratischer Block ist, wie viele meinen. In dieser Hinsicht ist, allerdings unter Berücksichtigung der erheblich andern Voraussetzungen, ein Vergleich mit jenen Oppositionsdokumenten aus Osteuropa interessant, an deren namhafter Autorschaft nicht zu zweifeln ist: die Charta 77 und der (weniger bekannte) Brief an Gierek, verfasst von ehemaligen hohen und höchsten Politikern in Polen. Die Ablehnung des «real existierenden Sozialismus» ist weder an eine bestimmte Form noch an ein bestimmtes Niveau gebunden.

Man stelle sich einmal vor, dieses Oppositionsmanifest wäre nicht aus den mittleren bis höheren Führungsetagen der SED gekommen, sondern aus chilenischen Militärkreisen oder aus John Vorsters südafrikanischer Nationalpartei. Wie hätte dann wohl die Reaktion der Bundesregierung und ihr nahestehender Kreise ausgesehen? Sicherlich nicht so, wie sie der «Spiegel» im Falle des DDR-Manifestes mit bemerkenswerter Treffsicherheit beschrieb: «Der Gleichschritt der Regierenden in Bonn und Ost-Berlin, das augenzwinkernde Einverständnis, auf der Basis des Status quo zum gegenseitigen Vorteil, aber natürlich auch im Sinne einer, von welcher Seite auch immer, möglichst ungestörten Entspannung miteinander umzugehen, ist inzwischen total: Nach dieser Logik freilich kann jeder DDR-Kritiker zum Gegner der innerdeutschen Entspannung erklärt werden.»

Damit ist exakt jene auf Friedhofsruhe zielende Haltung skizziert, die wir seit Jahren verfolgen können. Man scheut sich, jenen Diktatoren auf die Zehen zu treten, mit denen man sich zu arrangieren wünscht. Dies geht so weit, dass man Honecker am liebsten noch vor Fusstritten aus den eigenen Reihen in Schutz nehmen möchte. Der ständige Vertreter der BRD bei der DDR, Günter Gaus, scheint darin seine Hauptaufgabe zu sehen. SPD-Fraktionschef Herbert Wehner sprach von «Provokation», von «Pseudodebatte» und unterstellte: «Diejenigen, die diese Provokation gemixt haben, wer immer sie sind, aus welchen sonstwie gegensätzlichen Elementen sie sich zusammensetzen mögen, die wollen diese Rück-

entwicklung in die fünfziger Jahre.» Bundesminister und SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr meinte, dass «es ein Fehler ist, so zu tun, als sei das so ernst zu nehmen, was da im ‚Spiegel‘ gestanden hat, und weil es zumindest teilweise den Entspannungsgegnern hilft».

Das ist wohl seit langem die grösste Sorge der «Entspannungspolitiker»: Dass die Menschen drüben eine wirkliche Entspannung und menschenwürdige Zustände verlangen. Nicht mit einem einzigen Satz wurde von Regierung und Koalition dieses Freiheitsstreben als gerechtfertigt anerkannt oder gar unterstützt. Stattdessen unterstellte man den Verfassern übereinstimmend mit Ost-Berlin «entspannungsfeindliche» Motive. Was für eine moralische Grundhaltung muss einer Ostpolitik zugrundeliegen, die das Streben nach Freiheit und Menschenrechten als «entspannungsstörend» empfindet?

Seit Jahren steht man der osteuropäischen Bürgerrechtsbewegung hilflos und verlegen gegenüber. Die Reaktionen auf die Aussagen Solschenizyns, Amalriks oder Bukowskijs waren von gleicher Scheinheiligkeit wie die auf das DDR-Manifest. Als Andrej Amalrik Anfang März 1977 Bonn besuchte, warnte Herbert Wehner im «Express»: Es wäre verantwortungslos, den «so genannten Dissidenten mit wortreicher Kraftmeierei» beizuspringen. Das bisher Erreichte (?) würde so leichtfertig ausgelöscht. Sechs Wochen später stellte Regierungssprecher Klaus Bölling fest: «Bundeskanzler und SPD-Vorsitzender stimmen uneingeschränkt darin überein, dass das von beiden für bedeutsam gehaltene Thema der Men-

Unser Korrespondent beleuchtet zwar eine konkrete innenpolitische Auseinandersetzung in der BRD, aber uns kommt es in erster Linie auf die übertragbaren Motive an: Die Aberkennung der Realität im Namen ihrer Anerkennung ist ein internationales Kennzeichen von Leuten, die vorgeblich die Entspannung hochhalten, sie aber in Wirklichkeit so geringschätzen, dass sie ihr keinen Echtheitstest zumuten wollen. Wenn es wahr ist, dass es zur Entspannung keine Alternative gibt, dann sollte sie es erst recht wert sein, aus der Fiktion von Regierungsversicherungen in die Realität des ungefilterten Meinungsaustauschs zwischen den Völkern übergeführt zu werden. Die Diskussion um das «Manifest» ist unter dem Vorzeichen der Authentizitätsfrage gestanden, begriffen als Werweisen um die personelle Urheberschaft des Papiers, was bei einem anonymen Text natürlich beliebige Möglichkeiten öffnet. Aber darüber sollte die Frage nach der Authentizität der geschilderten Zustände nicht vergessen werden. Und hier gilt, was Prof. Robert Havemann, der Ostberliner Systemkritiker, festgestellt hat. Das Dokument, sagte er, sei «insofern echt, als es nicht erfunden zu werden braucht». Und die Echtheit in diesem Sinne ist ja wohl entscheidend, wenn von der Realität in der DDR die Rede ist — oder sein sollte.

schenrechte nicht zum Schlagstock des Westens gegen die Sowjetunion gemacht wird.» Und Günter Gaus sprach in einem «Spiegel»-Interview im Januar 1977 von der «geradezu modisch gewordenen öffentlichen Auseinandersetzung über die Regelung humanitärer Probleme». Die Ost-Berliner Zeitung «Weltbühne» bescheinigte ihm daraufhin «politische Klarsicht»...

Feinfühligkeit und diplomatische Rücksichtnahme also auf allen Ebenen. Nach jedem Zwischenfall an der Grenze, nach jedem neuen Vertragsverstoss verlaute stereotyp aus Bonn: Dies sei zwar schlimm, aber man werde sich dadurch doch nicht in seiner Entspannungspolitik beirren lassen. Man lässt Herrn Honecker also jedesmal aufs neue wissen, dass er keine Gegenmassnahmen zu befürchten braucht. Die Vertreter einer solchen Entspannungspolitik finden sich nicht nur mit der Existenz des Kommunismus ab, sie festigen ihn sogar noch in seiner jetzigen Form! In einer vergleichbaren Situation — 1938 — verspottete Winston Churchill die Anhänger einer Anpassungspolitik gegenüber Hitler mit den Worten:

«Jeder von ihnen hofft, wenn er das Krokodil nur ausreichend füttere, werde es ihn erst als letzten fressen.»

Nicht die Diktatoren stören also die Entspannung, sondern deren Kritiker. Um mit Tadeusz Nowakowski zu sprechen: «Nicht die Wodka-

trinker gefährden den Strassenverkehr, die Abstinenzler sind schuld an jedem Verkehrsunfall.»

Was den Inhalt des DDR-Manifestes angeht, so lohnt sich ein Vergleich mit der Charta 77 und dem von 14 hohen polnischen Funktionären der Gomulka-Aera an Parteichef Gierek gerichteten Brief. Diese drei Dokumente gehören ohne Zweifel zu den wichtigsten und grundlegendsten Aussagen der Ostblockopposition im zurückliegenden Jahr.

Der Brief ehemaliger polnischer Spitzenfunktionäre hat leider eine geringere Beachtung gefunden, weil er unmittelbar nach der Publikation des DDR-Manifestes ebenfalls im «Spiegel» abgedruckt und durch dieses in der öffentlichen Diskussion überlagert wurde. Die Bedeutung des Briefes — er wurde im Oktober 1977 verfasst — ergibt sich aber schon daraus, dass er u. a. vom ehemaligen Partei- (1956) und Staatschef (1964 bis 1968) Edward Ochab und dem früheren Finanzminister Jerzy Albrecht unterzeichnet wurde.

Gemeinsam ist den drei Dokumenten eine massive Kritik an den herrschenden Zuständen im jeweiligen Land, so an den undemokratischen Regierungsformen, der Politik der Repressalien und der Unterdrückung freier Meinungsäusserungen. In Form und Inhalt lassen sich jedoch Unterschiede feststellen. Der wichtigste: Der Brief an Gierek und die Charta 77 tragen die Unterschriften herausragender Persönlichkeiten

ihres Landes. Die Charta wurde seit Januar 1977 von knapp 900 Menschen unterschrieben. Das DDR-Manifest hingegen ist anonym. Kritikern wird damit die Möglichkeit gegeben, Spekulationen über die Verfasser in die Welt zu setzen. Die Manifest-Autoren zeigen nicht den Mut zum offenen Kampf, der die Bürgerrechtler in der Sowjetunion und anderen Ostblockstaaten so sehr auszeichnet. Wir haben jedoch nicht das Recht, darüber die Nase zu rümpfen. In der Freiheit fällt es leicht, von Unterdrückten Märtyrertum zu verlangen.

Die Charta 77 misst die Situation der Menschenrechte in der CSSR an den auch von der Prager Regierung unterzeichneten internationalen Pakten über bürgerliche und politische Rechte sowie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. In einer sehr systematischen und eingehenden Analyse gelangen die Charta-Verfasser zu dem Ergebnis, dass all diese Rechte in ihrem Land missachtet werden.

Die Charta entspricht am ehesten demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien westlicher Prägung. Ihre Autoren verzichten völlig auf ideologische Festlegungen und sozialistische Bekenntnisse. Sie argumentieren damit gewissermassen ausserhalb des Systems, wohingegen die polnischen und ostdeutschen Verfasser zumindest partiell innerhalb des Systems argumentieren. Sie wollen einen «besseren», den «wahren» Kommunismus errichten. Leider verzichtet die Charta 77 aber im Unterschied zu den anderen beiden Dokumenten auf die ausdrückliche Forderung nach Parteienpluralismus. Eine Forderung, die auch während des Prager Frühlings von der KP nie erhoben wurde. Noch Ende Mai 1968 lehnte das ZK der KPTsch die Zulassung von Oppositionsparteien ab.

In dem DDR-Manifest und dem Brief an Gierek wird deutliche Kritik an zahlreichen wirtschaftlichen Missständen geübt — was niemanden ernstlich überraschen kann. Ebenso an Cliquenwirtschaft und Korruption. Interessant ist, dass in beiden Papieren zum Teil weitergehende Forderungen gestellt werden als von den angeblich so demokratischen «Eurokommunisten». So zum Beispiel die Forderung nach Abschaffung des «demokratischen Zentralismus» in Partei, Staat

## Der Brief an Gierek

Die Eingabe an den polnischen Parteichef, von der hier die Rede ist, entstand «im Oktober 1977» und wurde im «Spiegel», Nr. 3/1978, veröffentlicht. Unterzeichner sind 14 ehemalige hohe Partei- und Staatsfunktionäre, die noch heute in Polen leben, unter ihnen Edward Ochab, bis 1968 Staatsoberhaupt.

Die Verfasser gehen davon aus, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Staats- und Parteiführung erschüttert ist. Die Erwartungen einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Sanierung nach 1970 seien enttäuscht worden. Zur Kennzeichnung der gegenwärtigen Lage führt das Memorandum an: Versorgungsschwierigkeiten, Verachtung der öffentlichen Meinung durch die offiziellen Medien, zunehmende Korruption und Cliquenwirtschaft, Erbitterung über die Repressalien gegenüber protestierenden Arbeitern, undemokratisches Regieren und «vor allem der fehlende demokratische Meinungsstreit». Auf dieses politische Klima sei es zurückzuführen, dass es zur Bildung des KOR (Komitee zur Verteidigung der Arbeiter bzw. Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung) gekommen sei sowie zu diversen Äusserungen von Auflehnung.

Eine Remedur sehen die Autoren nur in einer grösseren Wandlung auf verschiedenen Ebenen:

- Eine Demokratisierung innerhalb der Partei einerseits, ein neues Verhältnis zur Gesellschaft andererseits. «Die führende Rolle der Partei kann sich nur herausbilden aufgrund der in der alltäglichen Arbeit erreichbaren Anerkennung und Unterstützung durch die Bevölkerung.»

(Das entspricht inhaltlich dem seinerzeitigen Aktionsprogramm der KPTsch von 1968; dort hatte es geheissen, zur führenden Rolle der Partei brauche es die «freiwillige Unterstützung durch die Menschen», sie lasse sich nicht dadurch verwirklichen, dass die Partei die Gesellschaft beherrsche.)

- Eine demokratische Aufwertung der nichtparteilichen Institutionen: Man habe den nichtkommunistischen Parteien die Möglichkeit zu geben, selbständig zu werden. Die parlamentarischen Volksvertretungen müssten ihre ursprünglichen Rechte wiedererlangen und in echten Wahlen bestellt werden. Die Interessenvertretungen, und allen voran die Gewerkschaften, sollten selbständig werden. «Die Einmischung der Partei in die Alltagstätigkeit dieser Organisationen muss unbedingt beendet werden.»

- Ein Ueberdenken der Wirtschaftspolitik mittels offener und freier Diskussion aller Einzelfragen durch die betroffenen und interessierten Teile der Bevölkerung, dazu «eine Mitbestimmung der Belegschaften in ausreichender Breite bei der Verwaltung der Betriebe».

## Teppiche als Kunstwerke.

Wir haben im Orient Teppiche gefunden, die so einzig sind in ihrer Art, so wertvoll und schön, dass sie die Bezeichnung Kunstwerk ohne weiteres verdienen.

Weif sie so selten, alt und kostbar sind, haben wir diese Teppiche in einer Sammler-Kollektion zusammengefasst.

Wenn Sie Ihr gutes Geld in wertbeständigen, heute noch günstigen Teppichen anlegen wollen, sollten Sie das lieber heute als erst morgen tun.

## Geelhaar

W. Geelhaar AG, Thunstrasse 7, 3000 Bern 6  
Marktgasse 42, 3011 Bern  
Teppich-Showroom Zürich, Zweierstr. 35, 8004 Zürich

und Gesellschaft, «da er ein Zentralismus gegen die Demokratie ist» (DDR-Manifest). Von den «Eurokommunisten» fehlen solche Aussagen bisher!

In der Gesamtbetrachtung stellt sich das Oppositionsmanifest aus den Reihen der SED als das umfassendste und politischste dar. Es besticht trotz einigen wirklichkeitsfremden Aussagen durch seine kompromisslose Härte, die sich beispielsweise in der schonungslosen Kritik an der Sowjetunion zeigt. Ein Thema, das in den beiden andern Dokumenten ausgespart wurde. Hier haben die unbekanntesten SED-Funktionäre einiges geschrieben, was man sich in Ost und West hinter den Spiegel stecken kann. So unter I. 8.: «Die UdSSR hat der Entspannungspolitik aus ökonomisch-technischer Rückständigkeit heraus zugestimmt. Zugleich tut sie ... alles, um mit westlicher Hilfe ihre Militärmaschine auf Ueberlegenheit zu trimmen.»

Die Beschreibung der inneren Situation in der DDR lässt an Deutlichkeit wirklich nichts zu wünschen übrig. Erschütternd die Feststellung, dass «die Sonderkliniken der Bonzen halb leer stehen», während schwerkranke Patienten jahrelang auf eine Operation warten müssen, die dann oft zu spät kommt.

In ein Wespennest gestochen haben die Manifest-Autoren auch mit der Durchleuchtung der Biographien hoher Funktionäre. Politbüro-Mitglied Albert Norden wird wenig erfreut gelesen haben: «Da gibt es einen Agit-Sekretär, zuständig für die Kontrolle der DKP, der sich Schreiner von Berufs wegen nennt, weil er vor 56 Jahren einmal vier Wochen einem Meister beim Sortieren der Bretter geholfen hat.»

Der eigentliche Sprengstoff besteht jedoch im Aufwerfen der nationalen Frage. Nachdem Willy Brandt schon vor Jahren bekannt hat, dass er aufgehört habe, von Wiedervereinigung zu sprechen, muss er nun zur Kenntnis nehmen, dass man im andern Deutschland sehr vernehmlich darüber spricht. Auch seine am 30. Juni 1977 in Warschau gemachte Aussage sollte er korrigieren: «Ich weiss nicht, ob die human rights der Bürger der DDR eigentlich im Spiel stehen.» Nun müsste er es endlich wissen!

Ich bekenne ohne Umschweife, dass ich das Manifest trotz manchen sachlichen Vorbehalten und seinem teilweise rauhen Ton («nichtsnutzige Parasiten im Parteiapparat») in seiner Offenheit als erfrischend empfunden habe. Mag sein, dass dies der Gewöhnungsprozess an die gleichbleibend dramatisch-aussagegelose westdeutsche Regierungssprecherei («Ich würde meinen wollen, dass ...») mit sich bringt. Von diesem «Hier stehe ich, ich kann auch anders» unterscheidet sich das Manifest der DDR-Opposition jedenfalls wohltuend.

Jener Teil der Ostblockopposition, der sich zum sogenannten «wahren Kommunismus» bekennt, wird dennoch unweigerlich in ein Dilemma geraten. Dann nämlich, wenn er erkennen muss, dass Freiheit und Kommunismus unvereinbar sind. Irgendwann wird die «sozialistische Opposition» mit ihrer Forderung nach Freiheit an den Punkt gelangen, wo sie den Kommunismus selbst gefährdet und sich entscheiden muss. Es gibt weder ein bisschen Freiheit noch ein bisschen Kommunismus. Die Konvergenztheorie, wonach eine Mixtur zweier gegensätzlicher Systeme einen guten Mittelweg ergibt, war von Anfang an falsch. ■

## Das oppositionelle Schrifttum Litauens als Fortsetzung des antizaristischen und antifaschistischen Kampfes

# Untergrund in Uebersicht

In der vorletzten Nummer hatten wir von einer eigenartigen litauischen Samisdat-Zeitschrift gesprochen, die von der «Revolutionären Befreiungsfront Litauens» herausgegeben wird, der unter anderem eine oppositionelle Kommunistische Partei angehört. Heute lassen wir eine Uebersicht über die litauische Untergrundpresse folgen. Wir entnehmen den Beitrag den «Mitteilungen aus baltischem Leben» (Dezember 1977), herausgegeben von der Baltischen Gesellschaft in München. Der Verfasser A. Lembergas hat dort zunächst die Geschichte des litauischen Widerstandes zur Zarenzeit behandelt, in dessen Kontinuität sich die heutige litauische Untergrundpresse grossenteils sieht. Wir drucken jenen Teil seiner Ausführungen ab, der sich mit der jüngeren Vergangenheit und vor allem mit der Gegenwart befasst. Gegenüber unserer Darstellung in Nr. 2/1978 ist festzuhalten, dass die bloss «Varpas» genannte Zeitschrift den vollständigen Namen «Laisves Varpas» (Die Freiheitsglocke) führt. Und noch eine terminologische Präzisierung: Der Verfasser wendet sich gegen den Gebrauch des russischen Wortes «Samisdat» zur Kennzeichnung des litauischen Schrifttums, und da ein russischsprachiger Samisdat in Litauen immerhin denkbar wäre, wollen wir doch ausdrücklich festhalten, dass wir nichts dergleichen unterstellen, wenn wir vom litauischen Samisdat sprechen, nicht anders als vom polnischen oder tschechoslowakischen Samisdat. Das Wort ist als politischer Begriff übertragbar geworden, aber innerhalb der UdSSR kann seine unbedachte Verwendung tatsächlich zu Missverständnissen führen. Der litauische Samisdat ist selbstverständlich litauisch geschrieben.

Es war kein Zufall, dass mit dem Untergang Litauens die Untergrundpresse wieder in den Vordergrund des nationalen Befreiungskampfes trat. «Laisvoji Lietuva» (Das freie Litauen) hiess die erste Untergrundzeitschrift, die schon im Herbst 1940, bald nach der Inkorporation Litauens in die UdSSR, durch Jonas Jablonskis (den früheren Ersten Sekretär bei der litauischen Gesandtschaft in Stockholm und Berlin, nach 1941 Opfer des Stalinschen Terrors) herausgegeben wurde. Während der deutschen Besatzung (1941—1944) entwickelte sich die litauische Untergrundpresse zum Hauptinstrument der nationalen Widerstandsbewegung, die mehrere regelmässig erscheinende Organe («I laisve», «Laisves kovotojas», «Nepriklausoma Lietuva» usw.) unterhielt und dadurch die unabhängige öffentliche Meinung im besetzten Lande zur Durchsetzung bestimmter Ziele der nationalen Politik schuf. Wie einflussreich und wirksam dieses Mittel war, bezeugt allein der einzigartige Boykott der SS-Legion in Litauen 1943.

Einen neuen Höhepunkt erreichte die litauische Untergrundpresse in den ersten Nachkriegsjahren während der zweiten sowjetischen Besatzung im Rahmen des bewaffneten Widerstandskampfes der sogenannten «Waldbrüder», der praktisch bis zum Tode Stalins in einer mehr oder weniger organisierten Form andauerte. Manche Untergrundzeitungen dieser Zeit wurden in eigenen geheimen Druckereien hergestellt und kamen recht oft heraus. So zum Beispiel der angesehene «Laisves varpas» (Die Freiheitsglocke), Organ des westlitauischen Partisanenbezirkes «Kestutis», der schon am 1. November 1947 mit Nummer 124 (in Wiederaufnahme des antizaristischen Kampfes) erschien. Mit der Einstellung des aussichtslosen bewaffneten Widerstandes hörte die periodische Untergrundpresse auf. Mitte der fünfziger bis sechziger Jahre gab es nur mehr sporadisch auftauchende Flugblätter.



Erst das Ende der sechziger Jahre brachte eine neue Welle der Untergrundpresse hervor. Zurzeit

